



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2023;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 TG 64 wird der Ansatz der TG 64 (Öffentlicher Personennahverkehr (Deutschlandticket)) von 540.000,0 Tsd. Euro um 270.000,0 Tsd. Euro auf 270.000,0 Tsd. Euro reduziert. Die Tit. der TG 64 werden im Verhältnis reduziert.

Die eingesparten Mittel werden vollständig zur Erhöhung des Ansatzes in Kap. 09 40 Tit. 750 00 verwendet.

Begründung:

Das sog. Deutschlandticket als Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets beschäftigte den Landtag schon mehrfach. Bereits im September 2022 wurde gefordert (siehe Drs. 18/24151), die Finanzierung gänzlich dem Bund zu überlassen. Zuletzt wurde sogar von den die Staatsregierung tragenden Parteien gefordert, das „Deutschlandticket“ auf eine solide Rechtsgrundlage zu stellen (siehe Drs. 18/26965).

Da diese Maßnahme sowohl rechtliche als auch finanzielle Probleme mit sich bringt und zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit ein ähnliches Chaos verursachen wird wie das 9-Euro-Ticket, sollte der Freistaat sich nicht länger an der Finanzierung beteiligen. Die Mittel werden daher halbiert. Die Hälfte, die der Bund beigesteuert hat, kann gerne zu einer teilweisen Umsetzung des „Deutschlandtickets“ verwendet werden. Der Freistaat hingegen setzt diese freigewordenen Mittel stattdessen für seine eigenen, teils maroden Straßen ein und hebt so die Qualität der Infrastruktur in Bayern.